

Zehn Jahre Korntal-Münchinger Wald im Negev sind kein Grund zum Feiern

Offener Brief zur Feier in der Korntaler Stadthalle am 7. Februar an die Evangelische Brüdergemeinden, den ehemaligen Bürgermeister von Korntal-Münchingen Peter Stritzelberger, den heutigen Bürgermeister der Stadt Dr. Joachim Wolf und Strohgäu Extra



Neue Obdachlose in der Negevwüste

„Die Wüste lebt dank Korntaler Geld“ heißt der Titel des Artikels in der Ausgabe von Strohgäu Extra vom 28. Januar 2009, in der Eberhard Wein die Geschichte des Korntal-Münchingen Waldes im Negev beschreibt. Mit den Spenden, die die Brüdergemeinde vor zehn Jahren sammelte, pflanzte der Jüdische Nationalfonds ein kleines Waldgebiet im Negev. Damit wurde in einer öden Wüste ein Stück grünes Land gewonnen, ist dem Artikel zu entnehmen. Das wäre wirklich ein Grund zum Feiern. Doch leider sieht die Wirklichkeit im Negev anders aus.

Der Korntal-Münchingen-Wald gehört zum Wald deutscher Länder, einem Aufforstungsprojekt im Lahav Gebiet nahe der Stadt Lahavim. Die palästinensischen Besitzer dieses Landes, der Beduinen Stamm der Tiyaha oder genauer die Abu-Sukut-Großfamilie, wurden zur Zeit der Staatsgründung Israels im Jahr 1948 von zionistischen militärischen Einheiten mit brutaler Gewalt teils nach Gaza deportiert, teils nach Jordanien vertrieben. Diejenigen, die im Land blieben, wurden mittels Militärgesetzgebung von dem Gebiet, das ihnen gehörte ferngehalten. Die Tiyaha hatten vor 1948 genauso wie die anderen Negev-Beduinen eine sesshafte Lebensweise entwickelt, sie lebten in Dörfern, bepflanzten ihren Boden neben der Viehhaltung und kannten individuellen Landbesitz (siehe dazu die Studie der amerikanischen Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch aus dem Jahr 2008, „**Off the Map: Land and Housing Rights Violation in Israel's Unrecognized Villages**, <http://hrw.org>). Die UNO anerkennt die Rechte der

Tiyaha an ihrem Land genauso wie das der der anderen vertriebenen Palästinenser. In ihrer Resolution Nr. 194 vom 11.12.1948 fordert sie von Israel, dass den Flüchtlingen die Rückkehr rasch gestattet werden müsse oder, wenn diese selbst nicht zurückkehren wollten, eine nach internationalen Standards angemessene Entschädigung gezahlt werden solle.

Doch der Staat Israel hat ganz im Gegenteil den Landraub mit Gesetzen zementiert, die den internationalen Menschenrechten widersprechen. Die 10 000 der ursprünglich über 100 000 Negev Beduinen, die nach 1948 noch im Land waren, wurden von Premierminister Ben Gurion auf einem relativ kleinen Gebiet im Nordwesten des Negev konzentriert und wie alle Palästinenser auf israelischem Staatsgebiet unter Militärgesetzgebung gestellt. Mit verschiedenen Gesetzen brachte der israelische Staat das Land der Vertriebenen in den 50er und 60er Jahren in seine Hand. Eines davon ist das „Gesetz über die Besitztümer der Abwesenden aus dem Jahr 1950, nach dem alle Palästinenser, die sich in der Zeit vom 20. November 1947 und dem Erlass des Gesetzes im Jahr 1950 im Ausland oder nur in einem benachbarten Dorf aufgehalten hatten, als Abwesende klassifiziert und enteignet wurden. (eine genaue Schilderung dieser Gesetze finden Sie in der oben genannte Studie von Human Rights Watch). Heute leben im Negev wieder 160 000 Beduinen, doch haben sie nur noch zu 10 Prozent ihres ursprünglichen Landes Zugang.

Auf dem Land des Stammes der Tiyaha wurde unter anderem die Siedlung Lahavim gegründet, in der in erster Linie jüdische Israelis wohnen. Für die palästinensischen, nicht jüdischen Bürger Israels ist es schwer, in Städten und Dörfern wie Lahavim zu leben. Es gibt Komitees, die die Bewerber prüfen und diese schließen die Beduinen systematisch aus, wie Human Rights Watch in seiner Studie aus dem Jahr 2008 feststellt. Die Mitglieder der Abu Sukut Familie, die rechtmäßigen Besitzer des Gebietes, wo heute unter anderem der Korntal-Münchingen-Wald steht, wurden gezwungen, in Planstädten wie in Rahat zu leben. Die Verantwortlichen der israelischen

Regierung haben nie daran gedacht, dort auch nur die minimalen Startvoraussetzungen für eine neue Existenz bereit zu stellen. Alle Planstädte im Negev vegetieren heute am unteren Ende des israelischen sozio-ökonomischen Indexes. Rahat hat mit seinen 40 000 Einwohnern nur eine Bank und ein Postamt. Die Beduinen, die das staatliche Angebot der Umsiedlung ausschlugen, leben in so genannten „nicht anerkannten“ Siedlungen, denen der Staat Israel die allgemein üblichen Dienstleistungen wie Wasser, Elektrizität, Sanitäreinrichtungen, Kliniken oder Schulen verweigert. Die Bewohner in den „nicht anerkannten“ Dörfern bekamen nie die Chance, ihre Häuser zu legalisieren. Nach Schätzungen von Human Rights Watch sind heute 45 000 Häuser von Beduinen in 39 Dörfern unmittelbar von der Zerstörung durch israelische Behörden bedroht. Im Jahr 2007 sind nach Angaben von Human Rights Watch Hunderte solcher Häuser von israelischen Staatsbehörden niedergeworfen worden. Mit dem Regierungsantritt von Premierminister Ariel Sharon, dem Vorgänger von Ehud Olmert, hat die Verdrängung der Palästinenser im Negev nochmals einen neuen Schub bekommen. Der Jüdische Nationalfonds und der israelische Staat wollen im Negev bis zum Jahr 2010 weitere 350 000 jüdischer Immigranten ansiedeln, die mit dem Land in keinerlei Verbindung stehen. Die Beduinen in den nicht legalisierten Dörfern sollen in die Planstädte umgesiedelt werden, dies wird per Zwangsmaßnahme mit einer neu aufgebauten bewaffneten Polizeitruppe durchgesetzt. Geplant sind 14 weitere jüdische Siedlungen auf dem „neu gewonnenen“ Land.

Bei der bis heute andauernden Vertreibung und Enteignung der Palästinenser spielt der Jüdische Nationalfonds eine zentrale Rolle. Die Studie von Human Rights Watch belegt dies speziell für den Negev. Der Staat kontrolliert in Israel etwa 93 Prozent des Bodens in Israel und es ist der Jüdische Nationalfonds, der garantiert, dass kein Stück dieses Landes wieder in die Hände nicht-jüdischer, palästinensischer Staatsbürger gelangt. Er spielt eine zentrale Rolle bei der Verwaltung des Landes und in seinen Statuten ist Verkauf, Verpachtung oder Unterverpachtung an Nichtjuden verboten. Der Jüdische Nationalfonds ist damit der Hauptgarant für den Apartheidscharakter des Staates Israel.

Doch was ist mit dem ökologischen Aspekt, den der Artikel in Strohgäu Extra betont? Gewinnt der Jüdische Nationalfonds mit Wäldern nicht Wüste zurück und verbessert die Möglichkeiten, das Land zu bewohnen und zu nutzen? Der israelische

Historiker Ilan Pappé beurteilt den ökologischen Nutzen dieser Wälder skeptisch. Der Jüdische Nationalfonds versucht ihnen nämlich ein europäisches Aussehen zu geben. Daher machen die Baum-Arten des Landes in diesen Wäldern heute nur 11 Prozent des Bestandes aus, wie Ilan Pappé feststellt (siehe Ilan Pappé, **Die ethnische Säuberung Palästinas**, Frankfurt/Main 2007).

In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, mit einem weiteren Mythos aufzuräumen, dem der Autor des Artikels von Strohgäu Extra offensichtlich aufgesessen ist. In Israel/Palästina

herrschen keineswegs überwiegend lebensfeindliche Wüstenbedingungen. Auch der Negev, der tatsächlich fast die Hälfte der gesamten Fläche des Landes einnimmt, weist im nördlichen Teil relativ gute Böden auf und kann landwirtschaftlich genutzt werden. Dies haben die Beduinen der Lahav-Region vor der Staatsgründung Israels wie die Palästinenser in den anderen Regionen des Landes auch tatsächlich getan. Außerdem gibt es im Land Israel/Palästina sogar relativ viel Wasser. Zum Beispiel fällt in Jerusalem in einem Jahr durchschnittlich mehr Regen als in Berlin oder Paris. Mit diesem Wasser gehen die

Israelis keineswegs sparsam um. Während ein deutscher Stadtbewohner statistisch gesehen täglich 136 Liter verbraucht, benötigt ein israelischer Einwohner einer Stadt täglich 240 Liter pro Person. 60 Prozent des Wassers werden übrigens in der israelischen Landwirtschaft eingesetzt, die damit keineswegs so effektiv und nachhaltig arbeitet, wie von israelischer Seite gerne behauptet wird. (Quelle: Amira Hass; **Water water everywhere** in senderfreiespalaestina.de).

Apartheidsverhältnisse widersprechen den Grundsätzen christlicher Nächstenliebe genauso wie denen der Menschenrechte. Wir fordern Sie daher auf, sich von den Projekten des Jüdischen Nationalfonds, wie dem des Korntal-Münchinger Wald zu distanzieren. Setzen Sie sich dafür ein, dass die Rechte der palästinensischen Bewohner des Negev verwirklicht werden und diese auf dem Land, das ihnen seit Jahrhunderten gehörte, wieder eine Existenz aufbauen können.

Wegen des Baden-Württemberg-Waldes, der direkt neben dem Korntal-Münchinger Wald liegt, haben wir uns bereits in zwei offenen Briefen an den Stuttgarter Landtag gewendet. Sie finden diese Briefe im Internet unter senderfreiespalaestina.de oder oder www.rottenburg-stuttgart.paxchristi.de.

Palästinakomitee Stuttgart – V.i.S.d.P. M. Kunkel, Rosengarten, 80, 70184 Stgt

*Apartheidsverhältnisse
widersprechen den
Grundsätzen christlicher
Nächstenliebe genauso
wie denen der
Menschenrechte.*